



Maßnahmenpapier #SchieneStattStraße

Leon Eckert

Mitglied des Deutschen Bundestags

Dr. Markus Büchler

Mitglied des Bayerischen Landtags

Aktuelle Planungen stoppen und Straßenbaupläne überprüfen Verkehrssektor muss Verantwortung für den Klimaschutz übernehmen

Der Klimawandel ist schon längst eine ernstzunehmende Krise in unserem Alltag geworden. Die Bundesregierung hat sich zur Aufgabe gemacht, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Der Kampf gegen den Klimawandel kann nur mit einer Kraftanstrengung aller Sektoren erfolgreich sein. Während die Ausbauoffensive für erneuerbare Energien mit großen Schritten vorankommt, bleibt der Verkehr jedoch aktuell weit hinter den Zielen zurück. Um die Klimaziele zu erreichen, muss die Emissionsreduktion im Verkehr 14-mal schneller passieren als das momentan der Fall ist. Der Ausbau von klimafreundlichen Mobilitätsalternativen zum motorisierten Individualverkehr ist dafür essentiell. Dabei muss der Bahnverkehr das Rückgrat des öffentlichen Personennahverkehrs darstellen. Doch für eine in der Fläche verfügbare und zuverlässige Bahn braucht es langfristig massive Investitionen in die Bahninfrastruktur. Der Bundesverkehrswegeplan aus dem Jahr 2016 spricht jedoch eine andere Sprache: Deutschland hat bereits eines der dichtesten Straßennetze der Welt und trotzdem wird der Neu- und Ausbau von Straßenprojekten priorisiert. Das bedeutet einen Neubau, der Wälder abholzt, Moore versiegelt und wertvolle Anbauflächen der Landwirtschaft entzieht, Hochwässer begünstigt und die Grundwasserneubildung hemmt. Damit wird sowohl für den Ausbau des Straßennetzes CO₂ ausgeschüttet, als auch eine emissionsintensive Mobilitätsform begünstigt. Denn Infrastrukturausbau führt nachweislich nicht zu einer Reduktion von Staus, sondern vielmehr zu einer steigenden Verkehrsbelastung.

Milliardenprojekte mit vielen Unstimmigkeiten und falschen Prioritäten

Gleichermaßen sind große Teile der Verkehrsinfrastruktur, dabei vor allem Straßenbrücken, in marodem Zustand und dringend sanierungsbedürftig. Damit stellen sie auf lange Frist ein Sicherheitsrisiko dar, das nicht ausreichend adressiert wird. Ein weiterer Neubau von Straßen bindet Investitionsmittel, die unbedingt in den Ausbau des Schienennetzes und die zwingend benötigte Sanierung sowie den Erhalt des teils maroden Straßennetzes fließen müssen.

Zusätzlich zu den katastrophalen Emissionsbilanzen produziert ein Ausbau der Straßeninfrastruktur auch auf personeller Ebene Engpässe: Sowohl in der Verwaltung als auch bei den Ingenieur*innen und ausführenden Bauunternehmen werden Kapazitäten in fossilen Neubauprojekten gebunden. Diese Fachkräfte fehlen an anderer Stelle für die wichtige Straßensanierung und den Schienenausbau. Die Menge an verärgerten Bürgermeister*innen, die seit vielen Jahren auf die Sanierung von Staats- und Bundesstraßen warten müssen, ist in Briefen an uns Abgeordnete jeden Tag greifbar. Während des letzten Jahrzehntes hat sich das Volumen des Bundesverkehrswegeplans innerhalb des CSU-geführten Verkehrsministeriums immens vergrößert. Besonders bayerische Bauprojekte sollten offenbar schnellstmöglich realisiert werden. Dabei wurde im Planungsprozess viel versäumt und unsauber gearbeitet. Wie schon der Bericht des Bundesrechnungshofes aus dem Jahr 2016 zeigt, konnten die Kosten der Straßenbauprojekte oftmals nicht plausibilisiert werden. Der Bundesrechnungshof empfahl damals bereits, alle Ausbauprojekte und einen Teil der Neubauprojekte erneut auf ihren tatsächlichen Kostenumfang zu prüfen. Auch der bayerische Staatsstraßenausbauplan ist völlig überdimensioniert und gleichzeitig unterfinanziert.

Durch die gestiegenen Energiekosten und die Inflation aufgrund des Krieges in der Ukraine werden die tatsächlichen Kosten wohl noch viel höher sein, als bereits jetzt angenommen wird. Dabei belaufen sich aktuell die sogenannten Investitionen in den Aus- und Neubau der Bundesfernstraßen bis 2030 bereits auf über 34 Milliarden Euro! Im Vergleich dazu werden in den Aus- und Neubau des Schienennetzes gerade einmal etwa 26 Milliarden Euro investiert.



Maßnahmenpapier #SchieneStattStraße

Leon Eckert

Mitglied des Deutschen Bundestags

Dr. Markus Büchler

Mitglied des Bayerischen Landtags

Kein Platz für Prestigeprojekte im Straßenbau

Auch das Staatsstraßennetz in Bayern ist fertig ausgebaut. Jede*r kann jede*s Ziel bequem und schnell auf der Straße erreichen. Die Hauptaufgabe für die nächsten Jahre und Jahrzehnte in der Sanierung des teils maroden Straßenbestandes und der Investition in Bahn, Bus und innovativer Bedarfsangebote im Umweltverbund. Hinsichtlich der Haushaltslage, des Klimaschutzes und etwaiger Beeinträchtigung von Schutzgebieten müssen wir die begrenzten Ressourcen mit Bedacht einsetzen.

Das ist auch im Zuständigkeitsbereich der Staatsregierung in Bayern nicht zu erkennen. Seit dem „7. Ausbauplan für die Staatsstraßen“ mit 666 Projekten aus dem Jahr 2011 gibt es keine verbindliche Übersicht und nachvollziehbare Priorisierung zukünftiger Straßenbauplanung. Projekte werden derzeit völlig willkürlich priorisiert, Netzausbauprojekte und Straßen nach Laune und Prestige vergeben. Der Straßenaus- und Neubau wird fernab wissenschaftlicher Begründungen zu einem parteipolitischen Werbeinstrument missbraucht. Das mutmaßlich größte und im Planungsprozess weit fortgeschrittene Projekt, die Westumfahrung Neuburg an der Donau mitten durch ein unersetzliches FFH-Gebiet und über die Donau, ist im Staatsstraßenausbauplan noch nicht einmal enthalten. Obendrein soll der veraltete 7. Staatsstraßenausbauplan nun erneuert werden. Nicht aber durch eine Neuauflage, die nach EU-Recht strategische Umweltprüfung, objektive Kriterien, öffentlichen Dialogprozess und Beteiligung von Parlament und Fachverbänden erfordern würde, sondern durch eine ministeriumsinterne Überarbeitung: Intransparent, unwissenschaftlich und parteipolitisch nach den Wünschen der CSU und ihrer Lokalpolitiker*innen ausgestaltet. Wir fordern hier Zukunftsverantwortung den Bürger*innen im Land gegenüber und einen transparenten Prozess der Umwandlung des nun 12 Jahre alten Staatsstraßenausbauplans zu einem Staatsstraßenanierungsplans ohne Aus- und Neubauvorhaben.

Bedarfsplanüberprüfung – nachhaltig, im Dialog, kostentransparent

Aus diesen Gründen pochen wir weiterhin auch auf der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Überprüfung des Bundesverkehrswegeplans. Für uns muss dieses Verfahren transparent und mit der angekündigten Öffentlichkeitsbeteiligung im Dialogformat stattfinden. Letzten Endes sollen schließlich die Bürgerinnen und Bürger von der Verkehrsinfrastruktur profitieren. Aktuell zeigt sich jedoch gerade in Bayern, wo besonders viele Neu- und Ausbauten des Bundes geplant sind, dass viele Landkreise, Gemeinden und Bürger*innen nicht mehr überzeugt sind von den überholten Plänen. Es gibt einstimmige Gemeinderatsbeschlüsse, ablehnende Bürgerentscheide, aktive Bürgerinitiativen, und auch Umweltverbände sowie Verkehrsexpert*innen sehen die Straßenprojekte kritisch und fordern vielerorts schon länger eine ernsthafte Debatte über nachhaltige Alternativen wie eine Stärkung der Schienen und des ÖPNV. Hinweisen auf explodierende Kosten und politisch forcierte Einzelinteressensprojekte muss daher nachgegangen werden. Ein Mobilitätsplan darf in Zukunft keine Lotterie für Maßnahmen sein, sondern die wirklich wichtigsten Projekte bündeln und vorgeben.



Maßnahmenpapier #SchieneStattStraße

Leon Eckert

Mitglied des Deutschen Bundestags

Dr. Markus Büchler

Mitglied des Bayerischen Landtags

Raus aus der Untätigkeit

Wir wollen nicht weiter zusehen, wie Bundesmittel für oftmals wirtschaftlich unrentable Straßenbauprojekte verschwendet werden! Deswegen möchten wir gemeinsam mit den Bürger*innen vor Ort möglichst viele Informationen zu den geplanten Projekten sammeln. Auf der Webseite von Leon Eckert steht deshalb ab sofort ein Formular bereit, in welches sämtliche Informationen rund um ein solches Bauprojekt eingetragen werden können. Wir werden diese sammeln und daraus Anträge an das Bundesverkehrsministerium stellen mit der Forderung einer Überprüfung der Sinnhaftigkeit der einzelnen Projekte. Jeder betroffene Streckenabschnitt muss einzeln betrachtet und erneut kritisch geprüft werden!

Straßenbaumoratorium in Bund und Land

Bis alle Bauprojekte seriös auf ihren wirtschaftlichen Nutzen geprüft wurden, ist es falsch weiterhin an diesen Projekten festzuhalten. Daher fordern wir ein Straßenbaumoratorium für alle Straßenprojekte im Bundesverkehrswegeplan 2030 und dem 7. Staatsstraßenausbauplan! Straßenaus- und Neubau muss jetzt gestoppt werden.